

Die Kosten der Odenwald-Therme treiben das Bad Königer Parlament um



Von Sabine Richter

BAD KÖNIG - Für viel Diskussionsstoff sorgte im Bad Königer Parlament ein ZBK-Antrag zur städtischen Kredittilgung zugunsten der Tochterfirma Kurgesellschaft. Fraktionssprecher Martin Schlingmann forderte, dass mit der Volksbank über eine Verlängerung des Tilgungszeitraums für den Thermenbau-Kredit verhandelt werden soll.

Bürgermeister bemängelt unseriöse Zahlen

Derzeit zahle die Kurgesellschaft jährlich 880 000 Euro für Zins und Tilgung, die Stadt Bad König noch einmal 330 000 Euro im Jahr. Mit dem ZBK-Konzept ließe sich die Hälfte der Zins- und Tilgungszahlen „rausstrecken“, womit wieder Geld für aktuelle Investitionen frei werde. Schlingmann sprach schließlich von Einsparungen in Millionenhöhe.

Auf wenig Gegenliebe traf die ZBK (Zukunft Bad König) damit bei den anderen Fraktionen und allen voran Bürgermeister Uwe Veith, der die von Schlingmann genannten Zahlen für „verkehrt und nicht seriös“ hält. Im Gespräch mit dieser Zeitung am Freitag erläuterte er die

Hintergründe und dass der jetzt geltende Darlehensvertrag noch in der Hochzinsphase von vier Prozent abgeschlossen wurde.

Daher wäre es sicherlich gut, wenn die Stadt aus diesem Vertrag herauskäme, um einen mit geringerer Zinsbelastung abzuschließen. „Doch da gehören bekanntlich Zwei dazu“, sagte Veith. Die Bank verlange bei einer vorzeitigen Vertragsänderung eine Vorfälligkeitsentschädigung. Damit würden neue Kosten fällig, die den Sinn der Aktion in Frage stellen.

Außerdem habe bei einer Änderung der Verträge die Kommunalaufsicht beim Regierungspräsidium ein Wörtchen mitzureden. „Und die sagt Nein und pocht darauf, dass die Stadt die Bürgschaft einst zu den damals geltenden Bedingungen und Laufzeiten erhalten habe“, sagt der Rathauschef.

Allerdings erinnerte Veith im ECHO-Gespräch auch daran, dass die Verträge ohnehin im Jahr 2024 auslaufen und bereits drei Jahre vorher ein Sonderkündigungsrecht wirksam wird. „Dann wollen wir versuchen, bessere Bedingungen auszuhandeln“, kündigte der Bürgermeister an. Bis 2024 muss der Thermenbau dann abbezahlt sein, danach koste lediglich das operative Geschäft noch Zuschüsse.

Bei ihrer Abstimmung sprachen sich die Stadtverordneten dennoch mehrheitlich dafür aus, dass der Magistrat einen Appell an den Kurverwaltungsrat richtet. Der solle schnellstmöglich die Gespräche mit der Volksbank Odenwald über eine Tilgungsstreckung der bestehenden Kredite der Kurgesellschaft Bad König GmbH fortsetzen und der Stadtverordnetenversammlung einen entsprechend geänderten Kreditvertragsentwurf zur Entscheidung vorlegen. Lediglich die beiden Grünen-Vertreter stimmten dagegen.